Redaktion,
Administration u. Expedition
Prag II., Soukenická 34.

Postsparkassenkonto 90.129.

Telephon Nr. 467/VIII.

Sprechstunde der Redaktion
11—12 Uhr vormittags.

Redaktionsschluß
Mittwoch 9 Uhr vorm.

Erscheint jeden Freitag.

# Selbstwehr

Unabhängige jüdische Wochenschrift.

Abonnement m. Postzusendung
Ganzjährig K 20.—, halbj. K 10.—, vierteljähr. K 5.—
Für Deutschland Mk. 15.—
Für das übrige Ausland
15 Frcs. oder 15 sh.

Einzelne Nummer 40 Heller.

Insertionspreis:
Die sechsmal gespalt. Petitzeile oder deren Raum 60 Heller.
Inseratenannahme durch alle Annoncen-Bureaus und die Administration.

XIII. Jahrgang. Prag, den 17. Jänner 1919. Nr. 3.

## Plünderungen.

Der Gedanke, die Nichttschechen in der tschechoslowakischen Republik durch systematischen Boykott wirtschaftlich zu schädigen, ist in den ersten Monaten des neuen Staatswesens mit viel Energie vertreten und gegen die Juden bereits zur Anwendung gebracht worden und er hat manchen Erfolg zu verzeichnen. Es herrscht in gewissen Kreisen die Ansicht, es sei die Pflicht der Staatsverwaltung, soweit es in ihrer Macht steht, das tschechische Kapital auf Kosten des übrigen zu fördern und auch die leitenden Stellen scheinen sich dem Einfluß dieser Anschauung nicht entziehen zu können. Es kann daher niemanden wundernehmen, wenn z. B. vielfach eine gewisse Schadenfreude in der bekannten Rede des Finanzministers vermutet wurde, als er vor kurzem über das Schicksal der Kriegsanleihen sprach. Ein klassischer Ausdruck dieser Eifersucht des tschechischen Kapitals war ein Zwischenruf, der dem Ministerpräsidenten gemacht wurde, als er vorige Woche in der Nationalversammlung die Verstärkung des staatlichen Einflusses auf die Kohlenerzeugung behandelte: „Das fremde Kapital hat schon genug zusammengerafft", rief jemand; ob von der Seite derer, die prinzipiell das Privateigentum verteidigen, oder von einem Sozialisten, ist uns nicht bekannt.

Es ist nun eigentlich recht einleuchtend, daß ein ausgeraubter Kaufmann weniger konkurrenzfähig ist und für die Leute, die so eifrig den antisemitischen Boykott propagieren, muß diese Vorstellung besonders reizvoll erscheinen. Es wird in Böhmen bald sehr wenig Orte geben, in denen nicht geplündert wurde. Diese Plünderungen werden auf die allgemeine Teuerung zurückgeführt. Sie waren in manchen Orten ausgesprochen antisemitisch, — das war hauptsächlich bei den früheren regelmäßig der Fall —, manchmal richteten sie sich ursprünglich gegen Juden, zogen dann aber auch Nicht-Juden in Mitleidenschaft, unlängst richteten sie sich einmal direkt gegen die Schuldigen, die diesmal Tschechen waren. Neben der regelmäßigen Passivität der Behörden bei antisemitischen Plünderungen ist am bemerkenswertesten, daß oft berichtet wurde, es hätten sich wohlhabende Leute an den Diebereien beteiligt, ein Korrespondent schrieb sogar, die ärmere Bevölkerung habe gar nichts für sich ergattern können. Und ein hiesiges Blatt behauptete geradezu, die Agrarier seien nach Písek zum Pogrom gegangen. Die agrarische Presse war es auch in erster Linie, die die Teuerung den Juden vorwarf, weil sie wußte, einen wie großen Anteil an dem empörenden Lebensmittelwucher die Landwirte und diesen nahestehende Kreise hatten. Von Interesse ist, welche Dienste die stets bereite Fama bei den verschiedenen Hetzereien leistet. Man erinnert sich an die Krawalle, die knapp vor der Ankunft des Präsidenten Masaryk vor dem Laden der Firma Wolf und Schleim in Prag stattfanden. Damals wurde plötzlich in der Stadt herumerzählt, diese Firma habe 1½ Millionen Kronen für ein Attentat auf den Präsidenten gezahlt, ferner auch daß sie eine solche Summe zur Veranstaltung eines Pogroms spenden wollte, schließlich wurde auch geklatscht, sie habe alldeutsche Provokationen bestellt. (Das erste Gerücht wurde eine Zeitlang auch von einem jüdischen Großindustriellen, der als tschechischer Assimilant bekannt ist, verbreitet.) Selbst „Venkov" schrieb damals, „unbekannter Konkurrenzneid" habe diese wahnsinnigen Gerüchte, die so schlimme Folgen hätten haben können, in die Welt gesetzt. So ist das „Svuj k svému" in seinen Mitteln wenig wäherisch.

Es wäre langweilig, viele Beispiele anzuführen, wo Nichtjuden gewuchert haben. Besonders die Vorwürfe gegen die Agrarier sind überall sehr heftig. Der Ackerbauminister Prášek war so aufrichtig, in seiner Verteidigung der Agrarier zu sagen: „Hand aufs Herz, meine Herren, gibt es in der Nationalversammlung eine einzige Partei, die sagen kann, daß ihre Angehörigen nicht Wucher getrieben haben?" Das ist ein überraschendes Eingeständnis; bisher hörte man immer, daß eigentlich nur Juden wuchern, während die christlichen Kaufleute nie anders als zum Maximalpreis verkaufen, ebenso wie jene Landwirte, die sich im privaten Gespräch eventuell offen zu dem Grundsatz bekennen »Co nesežeru, to nemám!« (Was ich nicht auffresse, das habe ich nicht!) Obwohl manche Juden Schweinefleisch essen, dürfte es wohl wenig geben, die gerade damit Handel treiben und so war auch unter den Genossen des Fleischers Macháček kein Jude . .

Nach den Aufregungen der vorigen Woche hat sich zum Glück im öffentlichen Denken die Ueberzeugung von der Verwerflichkeit der Selbsthilfe und des Terrors im politischen Leben erheblich gefestigt. Aber die Störungen, welche die öffentliche Ruhe und Ordnung durch Ausschreitungen gegen die Juden erleidet, scheinen noch nicht jene allgemeine Verurteilung zu finden, die sie verdienen und die auch der Ministerpräsident Dr. Kramař in der Nationalversammlung über sie ausgesprochen hat. Es ist unmöglich, die Schuld an allen Uebeln auf die Juden abzuwälzen, und die verblendeten Politiker, die dies tun möchten, dürften doch jetzt auch schon genügend Erfahrungen gesammelt haben, um zu erkennen, daß Hetzereien gegen die Juden nur jene Entwicklung befördern, die sie hintanhalten sollen, und daß eine Nichtachtung der Rechtsordnung im einzelnen Fall diese überhaupt diskreditiert. Wer Juden ausplündern und bestehlen kann, bzw. wem man dieses Beispiel gibt, den wird niemand überzeugen, daß er sich an dieses Beispiel nicht auch bei Andern halten darf. „Národní Listy" schrieben unlängst, als sie befragt wurden, wieso man so wenig von unserem Staat in der ausländischen Presse lesen kann, das sei ein gutes Zeichen: von einer anständigen Frau spricht man nicht, ebensowenig von einem ordentlichen Staat, Die Ordnung ist heute zwar leider erschüttert, vor allem deshalb, weil, wie sich unlängst der Justizminister Dr. Soukup ausdrückte, das österreichische Regime hier einen wirtschaftlichen Friedhof zurückgelassen hat; aber bei gutem Willen aller ist sie noch aufrechtzuerhalten und wird es möglich sein, ohne schwerere Erschütterungen den jungen Staat in eine Zeit friedlichen Gedeihens hinüberzuführen. Dann müssen aber auch die Unruhen gegen die Juden aufhören und die Zahl der Bettler und der Toten von Holleschau darf nicht weiter vermehrt werden. Der Pogrom würde auch die treffen, die an ihm profitieren wollen. Es wäre traurig, wenn das tschechische Volk, das im Ausland soviele Sympathien genießt, die Aufmerksamkeit der Verbündeten nach polnischem Muster auf sich lenken würde. Der Standpunkt sollte in der privaten und öffentlichen Wirtschaft verlassen werden, dem bei den Prager Ausschreitungen in den ersten Dezembertagen ein Gassenjunge den klassischen Ausdruck verliehen hat: „Jüdin, du wirst nach Palästina gehen, aber deinen Mantel wirst du uns hier lassen!" — — —

---

## Bolschewik Muneles.

Prag war schon früher immer eine Art Ententeich. Es gibt wohl wenig Städte, in denen sich so leicht Gerüchte entwickeln, das Unglaublichste behauptet und das Unwahrscheinlichste geglaubt wird; in der Kriegszeit ist diese Disposition der hiesigen Atmosphäre noch gewaltig gesteigert worden. Es hat niemand Wunder nehmen können, daß die Leute, die ein Interesse daran haben, derartige Lügen zu verbreiten, gleich am Abend nach dem Attentat auf den Ministerpräsidenten Dr. Kramař herumerzählten, der Attentäter sei von Juden bestellt worden. (Sie haben sicher bedauert, daß Šťastný kein Jude war.) Merkwürdig mutet dieses Gerücht, im Vergleich mit dem zwar weniger gefährlichen, aber gleich gemeinen und erheblich pikanteren an, von dem der Ministerpräsident unter allgemeiner Heiterkeit auf dem Parteitag der staatsrechtlichen Demokratie berichtet: Dr. Kramař habe das Attentat selbst bestellt. Da alle tatsächlichen Anhaltspunkte, die Schuld den Juden in die Schuhe zu schieben, fehlten, meinte der klerikale „Čech", es sei eben unter dem moralischen Einfluß des jüdischen Bolschewismus in Rußland geschehen, der hieher den „Muna (Muneles?)" entsendet hat. Also es ist erreicht: die Juden bedrohen die Ruhe in der Republik, sie sind die Elemente, von denen ein gewalttätiger Umsturz zu befürchten ist. Die Vergangenheit Munas ist zwar wohl bekannt, aber die Juden sind ja ohnehin alle solche Bolschewiken, die plündern, rauben, morden wollen, ebenso wie alle Bolschewiken Juden sind — weshalb soll demnach der Muna nicht ein geborener Muneles sein? Das ist ein schwerwiegender Grund, die jüdischen Geschäfte auszuplündern, eine Taktik, die ja der „Čech" schon früher einmal ausdrücklich gebilligt hat. Man muß sagen, daß es bei der Angst, die hierzulande vor dem Bolschewismus herrscht, wohl kaum eine infamere Erfindung geben kann, als die in einem Teil der tschechischen Presse so eifrig verbreitete Albernheit, der Bolschewismus komme von den Juden. Ziemlich schwer läßt sie sich übrigens mit den anderen Behauptungen, welche die ganze Teuerung auf die Juden zurückführen, in Einklang bringen. Aber wahrscheinlich sind alle Juden zugleich Bolschewiken und Kettenhändler, Ladenplün-

derer und Millionäre. Ein begabtes Volk! Auch das sozialistische „České Slovo“ entblödet sich nicht, bei den Namen verschiedener russischer Bolschewiken in fettem Druck „Žid“ hinzuzufügen. „Národní Listy“, die immer besonders fein sind, sprechen von Lenin als einem „geborenen Internationalen“, (obwohl Lenin bekanntlich einem russischen Rittergeschlecht entstammt), während gelungenerweise das als bolschewikisch verschrieene „Právo lidu“ unlängst in einem Feuilleton über Amsterdam schrieb, die Juden in Holland seien wie in der ganzen Welt Feinde aller fortschrittlichen Bestrebungen. Also in einer event. sozialistischen Republik werden die Juden wieder als Konterrevolutionäre verbrannt werden. — Kurios, daß die Sozialdemorkaten, die im „Právo lidu“ dem Abg. Stivín in seiner Drohung gegen den „weißen Terror“ Folge geleistet haben, sehr wenig jüdisch klingende Namen haben. — Tragischer Epilog des „Venkov“, den man sich wird merken müssen: „In Wien sollen alle die bolschewikischen Agitatoren bis auf eine einzige Ausnahme lauter Juden sein, bei uns sind es leider lauter Männer, Männer rein tschechischen Blutes.“ — Vielleicht tragen die Juden Masken, wie angeblich Muna, wenn er nach Prag kommt, und wahrscheinlich haben sie sich die Namen ändern lassen?!

---

## Gegen das tschechische Judentum.*)

Von **Richard Weiner.**

Vor kurzem veröffentlichten „Socialistické Listy“ den nachstehenden Aufsatz des bekannten tschechischen Schriftstellers Richard Weiner. Der Aufsatz erscheint uns umso bemerkenswerter, als er aus der Feder eines Juden stammt, der sowohl das tschechische Leben als auch die Assimilanten-„Bewegung“ genau kennt. Ueber Weiners Stellung zum Judentum orientiert den deutschen Leser Max Brods Aufsatz im Dezemberheft der „Neuen Rundschau“ „Ein menschlich-politisches Bekenntnis“ (Juden, Deutsche und Tschechen), in dem auch Weiners Artikel zur Judenfrage im „Národ“ behandelt wird.

In Prag gab es Ausschreitungen. Judenfeindliche Ausschreitungen.

Ich weiß nicht, was die tschechisch-jüdische Presse in der Sache der kürzlichen Begebenheiten tun wird. Aber soviel getraue ich mich, vorauszusagen: in dieser oder jener Form wird es ein Weinen darüber sein, daß die Unschuldigen mit den Sündern büßen, es wird ein Wehklagen darüber sein, wie die tschechische Journalistik geschrieben hat, es werden eventuell Versicherungen und Beweise sein, daß es mehr der guten tschechischen Juden gibt, als man dafürhält, und schließlich gerechte Erbitterung über jene deutschen Juden, die provoziert haben. Es wird sehr edel und bewegt, wahrhaftig und aufrichtig sein.

Ich sage, daß es unerträglich sein wird, wie immer.

Jahrzehnte bestreben sich diese Idealisten, der Welt zu beweisen, daß sie gute Tschechen sind, obwohl sie Juden sind. Das ist ihre Tätigkeit, befreit von allen Ornamenten. Sie suchen einen Weg zum Volk und verstehen ihn nicht anders als in Haufen zu beschreiten, die ständig ausrufen: „Wir sind Juden, aber gute Tschechen! Wir erfüllen gut unsere nationalen Pflichten und wollen dafür keinen anderen Lohn. als daß ihr vergeßt, daß wir Juden sind, wir, die wir nicht einen Augenblick vergessen wollen, daß wir es sind. Wir wollen mit euch in eins verschmelzen, wir wollen, daß keine Unterschiede zwischen uns und euch sind. Seid gut zu uns!“

So sprechen sie und wundern sich, daß ihre Arbeit so wenig wert ist.

*) Das Wort „českožidovství“ ist in der Uebersetzung mit dem Ausdruck „tschechisches Judentum“ nicht vollständig wiedergegeben. „Českožidovství“ ist analog „Deutschjudentum“ gebildet.

Diese Leute haben bisher nicht begriffen, daß ihre Arbeit auf das gerade Gegenteil dessen zielt, was sie erreichen wollen. Und sie haben es deshalb nicht begriffen, weil sie ihre Augen vor der jüdischen Tragik schließen, keineswegs vor der Tragik der Pogrome, sondern vor jener, die bewirkt, daß der heutige Jude ein zwiespältiges Wesen ist.

Die Tragik des Juden, der mit seiner Umgebung verschmilzt, besteht darin, daß er sich nicht als das fühlt, was er tatsächlich ist, und daß er zugleich weiß, daß er nicht ganz der ist, als welchen er sich fühlt.

Die Tragik des Juden, der jüdisches Nationalbewußtsein erworben hat, ist, daß er sich als der, als welchen er sich fühlt, nicht seiner Eigenart entsprechend ausleben kann.

Die tschechischen Juden, die mit ihren ganzen Leben kundgeben, wie gut sie ihre Verschiedenheit von dem sie umgebenden Tschechentum ahnen, die zu einem Haufen zusammenlaufen, wie die Schafe einer Herde — sie, die Tschechen! — dieselben tschechischen Juden verstummten, wann immer es sich zeigt, daß auch das tschechische Volk ihre Verschiedenheit ahnt und daß es von ihrer jüdischen Solidarität weiß, stets vor Staunen, wannimmer ihnen gesagt wurde, daß sie „auch Juden“ sind.

Jahrzehntelang leugnen sie außen, wovon sie innerlich fest überzeugt sind, jahrzehntelang sehnen sie sich, aus diesem verfluchten Kreis dadurch herauszukommen, daß sie auf ihre Taten verweisen, sobald man von ihrem Judentum spricht. Jahrzehntelang betteln sie, damit ihnen ihre Abstammung verziehen wird und eben so lang scharen sie sich in Vereinchen und Blättchen zusammen, wobei sie als ihre einzige raison d'etre angeben, daß sie Leute gleicher Abstammung vereinigen. Und sie glauben, daß sie dem tschechischen Volk eine Seele gerettet haben, weil sie sie aus einer deutschen Schule nahmen, um sie in einen tschechischjüdischen Verein zu setzen. Sie sagen, daß sie eine erweckende Arbeit leisten, wie wenn das Erwachen ein Ersatz des Ursprungs wäre. Sie vergessen, daß ein Tscheche semitischer Rasse nicht deshalb Tscheche ist, weil er erweckt wurde, sondern einzig darum, weil er es wurde. Es fällt mir nicht ein zu sagen, daß ein solcher Tscheche ein selektives Individuum in einem aufsteigenden Sinne ist; vielleicht ist sogar das Gegenteil wahr. Aber soviel, denke ich, könnte schon bekannt sein, daß diese Metamorphose keineswegs eine Kollektiverscheinung ist, sondern eine sporadische Erscheinung soziologischer Prozesse — und daß es also wahnsinnig ist, sie massenhaft züchten zu wollen. Noch dazu ist die Art der tschechischen Juden die unglücklichste von allen. Sie aspirieren dadurch auf das Tschechentum, daß sie sich im Judentum isolieren.

Ich klage die tschechischjüdische Bewegung an, daß sie zu allen jüdischen Nöten die Hartnäckigkeit hinzufügt, mit der sie andauert. Es gibt keine Assimilation als Bewegung: es gibt bloß eine Assimilation als Anzeichen. Die tschechischjüdische Bewegung, die bewußt zwei Worte vereinigt, die nur im Unterbewußtsein nebeneinander stehen können — man kann sagen: leider Gottes! — ist ein Nonsens und also, wenn kein geistiges, doch ein materielles Hindernis jeder Assimilation, da sie unwillkürlich das Ghetto schafft, gegen das sie ankämpft.

Niemandem steht es zu, irgendwelche Interessen des Judentums zu verteidigen, als der jüdischnationalen Bewegung. Am wenigsten aber steht es denen zu, deren geheimster (und unter den gegebenen Umständen unerreichbarer) Wunsch es ist, ihr Judentum um jeden Preis loszuwerden.

Wenn sich die sog. tschechischen Juden einbilden, daß ihre Organisation, ihre Wochenblätter ihnen irgend etwas nützen, begehen sie einen verhängnisvollen Irrtum. Sie stiften nur Verwirrung: unter den Juden und in der Oeffentlichkeit. Unter den Juden deshalb, weil sie vielen von ihnen wehren, was sie anders längst getan hätten: sich nämlich als Angehörige des jüdischen Volkes zu erklären und so Ruhe und Frieden zu erreichen, soweit sie ein Jude überhaupt erreichen kann; denn viele von den Juden, deren politischer Instinkt sprichwörtlich elend ist, fangen sich am tschechischen Judentum als einer Erlösung in ihrer unglücklichen Situation, ohne seine Hohlheit und Sterilität zu durchschauen; existierte dieses nicht, würde ihnen der einfachere Weg winken. Die tschechischen Juden geben zwei Wochenblätter heraus. Diese Wochenblätter entbehren aus denselben Gründen, wie die Bewegung, der sie dienen, der inneren Berechtigung. Es kann keine jüdische Presse geben, außer der, die sich für zionistisch, resp. jüdischnational, erklärt. Sie haben nicht genug an den Wochenblättern. Sie begründen eine Tageszeitung. Eine Tageszeitung mit jüdischem Kapital, aber mit dem Anschein eines einfach tschechischen Blattes. Sein Redakteur soll A. V. Jung sein, unter den Mitarbeitern wird auch der Name Frana Šrámeks angeführt. Das Tagblatt soll angeblich als Gegengewicht gegen die antisemitische tschechische Presse dienen. — Es ist wahr, daß die Art, mit der seit langem „Večer“, seit kurzem „Venkov“ und bis unlängst „Večerník Českého Slova“ schreiben, oft eine Art ist, über die nicht nur der Jude errötet (dieser aus Zorn), sondern, wie ich glaube, jeder, dem sein Ethos wenigstens befiehlt, eine Unwahrheit zu widerrufen, mit der jemand Unrecht getan hat. Aber was ist das für ein Gegengewicht, das auf einer Fiktion gegründet ist? Ich zweifle nicht im geringsten an der persönlichen Ehrenhaftigkeit aller Beteiligten, aber ein „tschechisches“ Blatt mit jüdischem Kapital ist vorläufig Lug und Trug, und wird nicht einen Kampf entfesseln, sondern höchstens ein Scharmützel, bei dem es viele Verhauene geben wird, das aber niemanden und nichts fördern wird.

Unter allen ungeheuerlichen tschechischjüdischen Erscheinungen wird es die allerungeheuerlichste sein; dafür kann es für sich den Anspruch auf Einzigartigkeit machen. Traurig ist die Einzigartigkeit der falschen Wege.

---

## Jüdische soziale Fürsorgearbeit im tschechoslovakischen Staat.

(Referat Ing. Otto Engländer beim Jüdischen Nationalkongreß.)

Der „Zentralkommission für soziale Fürsorge“ wären folgende Aufgaben zuzuweisen:

**A) Vorbereitung sozialer Fürsorge und Neorganisation bereits bestehender Einrichtungen:**

1. Beschaffung bisher mangelnder statistischer Grundlagen im Hinblick auf: a) Soziale Struktur des Judentums (Berufsstatistik, Zahl und Wohnsitze, Bevölkerungsbewegung, Einkommensverhältnisse, Steuerleistung, Bedürftigkeitsgrenze, Zahl der benützten Wohnräume, Bevölkerungsbewegung). b) Biotische Daten: (Geschlecht, Altersgliederung, Familienstand, Eheschließungen, Zahl der Jahresgeburten, Mortalität, Säuglingssterblichkeit, Zahl der Unehelichen, Todesursachen, Krankheitsstatistik, Selbstmordstatistik, Totgeburten, Sterbealter, Zahl der Irren, Kriegsgeschädigten, Zahl der Kriegswitwen, Zahl der Vollwaisen, Halbwaisen, Hygiene). c) Bildungsstand: (Zahl und Art der Schulen, Frequenz in Prozenten zur übrigen Bevölkerung, Zahl der Lehrer, Art der Erhaltung). d) Leistungen der Juden auf philanthropischem-charitativem Gebiet: (Zentralregister bereits bestehender Institutionen und ihrer Leistungen, Verzeichnis der wohltätigen Vereine und ihrer Leistungen). e) Kriminal- und Moralstatistik. (Zahl der Verurteilungen, Zahl jüdischer Prostitutierten).

2. Studium bestehender Institutionen, auswärtiger sozialer Fürsorge: a) Studium der sozialen Gesetz-

gebung. b) Aufstellung von Leitsätzen und Betriebsplänen für neu einzurichtende Institutionen wie: Kinderheim, Jugendheime usw. c) Einrichtung eines sozialen Archivs. d) Studium der Einrichtungen anderer Völker, im Besonderen Zentralstelle für Volkswohlfahrt, Berlin, Israelitischer Gemeindebund, Deutschland, Böhmische Landeskommission für Kinderschutz- und Jugendfürsorge, englische Charity-Organisation, societies usw.

3. Mitarbeit bei der Reformierung von bestehenden nicht zeitgemäßen Institutionen.

**B) Neueinrichtung bisher nicht bestehender Institutionen:**

1. Auf dem Gebiete der Kinder- und Jugendpflege, eingeschlossen Mutterpflege unter besonderer Mitwirkung der Frau. a) Propagierung und Durchführung des Mutterschutzes mit all seinen Einrichtungen (Stillpropaganda, Mütterberatung, Zuweisung an Entbindungsanstalten, Milch- und Kindermehlverteilung usw.). b) Kinderfürsorge: (Einrichtung jüdischer Kindergärten nach dem Montesory-System in jedem von genügend Juden bewohnten Stadtviertel). c) Jugendfürsorge (Anlage einer Jugendfarm in der Nähe der großen Städte mit Lehrkursen zur Heranziehung einer körperlich tüchtigen, der Natur verbundenen Jugend, mit besonderer Berücksichtigung der Kriegswaisenkinder zur späteren landwirtschaftlichen Ansiedlung derselben in Palästina, Begründung einer Jugendbibliothek, Förderung bestehender Jugendorganisationen und Jugendheime). d) Ausbildungsfürsorge: (Schaffung von Berufsberatung zur Hintanhaltung der jüdischen Ueberproduktion in bestimmten Berufen, Berufsvermittlung, Einrichtung von Elternabenden, Lehrwerkstätten und Lehrkursen, Schaffung von Stipendien für 14- bis 18jährige Jünglinge und Mädchen zwecks Ausbildung in landwirtschaftlichen Gärtnerschulen, zugleich Notstandaktion für Posten- und Stellenlose, zum Berufswechsel Gezwungene). e) Errichtung eines Volksheims: in Prag hauptsächlich für angestellte Mädchen und Männer (Errichtung eines jüdischen Settlements für die Sommermonate).

2. Erwerbslosenfürsorge und Armenwesen: Demobilisiertenfürsorge für männliche und weibliche Stellenlose, (Ausbau der Stellenvermittlung eventuell Errichtung einer Arbeitsschule für Mädchen).

3. Kranken- und Siechenwesen: Errichtung einer jüdischen Lungenheilstätte (wegen vollständigem Fehlens einer umfassenden Tuberkulosenfürsorge dringende Notwendigkeit, schon vor dem Krieg die wenigen vorhandenen Heilstätten für Juden kaum zugänglich).

4. Allgemeine Organisation: a) Kreditgenossenschaft auf Grundlage gegenseitiger Haftung. b) Vorbereitung für die Gründung jüdischer Schrebergärten.

**C) Uebergangsinstitutionen:**

1. Schule für soziale Fürsorgerinnen: Mit Hilfe von Frauen sofort zu errichten, Heranbildung der für die zu schaffenden Institutionen nötigen Kräfte, zugleich Notstandsaktion für stellenlose, zum Berufswechsel gezwungene Mädchen. Ausbildung in Mütter-, Säuglings- und Kinderpflege, Wirtschaftskunde, Hygiene, Pädagogik usw. (theoretisch und praktisch).

2. Stipendienprogramm: a) Schaffung von Monatsstipendien für Ausbildung von Jünglingen in landwirtschaftlichen Schulen. (Aufteilung auf die Organisationen, ist zugleich Notstandsaktion). b) Dasselbe für Ausbildung von Mädchen in Wirtschaftsschulen, sozialen Frauenschulen, Gärtnerinnenschulen.

3. Landwirtschaftliche und Handwerkerkurse: Abhaltung von Tischler-, Schlosser-, Schmiede- und Sattlerkursen durch geprüfte Meister. Landwirtschaftlicher Kurs im Anschluß an eine bestehende landwirtschaftliche Schule mit einjähriger Frequenz zur Ausbildung von Ackerbau-, Gemüse- und Pflanzenbau, Wein- und Obstbauzucht, mit Benützung des Stipendiumprogramms. Zugleich Notstandsaktion.

4. Allgemeines Hilfsbüro: Vermittlungsstelle für jeden in Notlage befindlichen Juden, nimmt jeden Fall auf, recherchiert und weist mit Hilfe des Zentralregister (siehe A, Punkt d.) an die betreffende, bereits bestehende, Institution. Wird für neue Institutionen als Aufnahmskanzlei dienen. Gibt nach Bedarf Mitteilungen an alle Wohlfahrtsvereine mit Angabe der von ihm aufgenommenen Fälle.

5. Begründung von Kindererholungsstätten für die Ferien. (Walderholungsstätten).

6. Waisenkinder-Fürsorge und Ausbau der Waisenheime.

## Thesen für die zu begründende Zentralkommission für jüdische soziale Fürsorge im tschechoslovakischen Staat.

1. Titel und Sitz: Das Amt führt den Titel: Zentralkommission für jüdische soziale Fürsorge im tschechoslowakischen Staat und hat seinen Sitz in Prag.

2. Zweck: Das Amt hat die Aufgaben:

a) bestehende Fürsorgeeinrichtungen wissenschaftlich zu fundieren, möglichst zu zentralisieren und organisch umzubauen,

b) soziale Fürsorge für alle ihrer bedürftigen Juden im tschechoslowakischen Staat zu leisten, anzuregen und zu begutachten,

c) die Bildung von sozial-kulturellen Institutionen vorzubereiten und zu unterstützen.

3. Organisation des Amtes:

a) Das Kuratorium: Es setzt sich zusammen aus gewählten Vertretern von Organisationen oder hervorragenden Einzelpersonen, welche sich zur Unterstützung des Amtes bereit erklärt haben. Aufgabe des Kuratoriums ist es, die notwendigen Geldmittel für die Arbeiten aufzubringen, die Richtlinien festzusetzen, die Arbeiten zu überwachen. Das Amt des Kurators ist ehrenamtlich.

b) Das Zentralbüro: hat die Arbeiten vorzubereiten, durchzuführen, hierüber dem Kuratorium allmonatlich Rechenschaft zu erstatten. Arbeitskräfte des Zentralbüros sind Beamte. Das Zentralbüro besteht aus 5 Abteilungen, die einem Leiter unterstellt sind. 1. Sektion für wissenschaftliche Vorarbeit; 2. für Kinder- und Jugendpflege; 3. für Erwerbslosenfürsorge; 4. für Kranken- und Siechenwesen; 5. für allgemeine Organisation.

c) Die Gemeindekommission: Sie ist zusammengesetzt aus Vertretern der Organisationen der Gemeinde, die sich zur Mitarbeit zur Verfügung gestellt haben. Sie wählt einen Geschäftsführer, der den Verkehr mit dem Zentralbüro besorgt.

4. Arbeitsvorgang: a) Kuratorium: tritt allmonatlich zusammen, nimmt die Arbeitsberichte des Zentralbüros zur Kenntnis und überprüft die Vorschläge bezüglich der Art und des Umfangs der in Angriff zu nehmenden Aktionen. Leitet seinerseits Aktionen zur Herbeischaffung der notwendigen Mittel ein. Es setzt für jeden Monat im vorhinein Kredite fest, welche es dem Zentralbüro zur Verfügung stellt. Ueberprüft gleichzeitig durch seine Revisoren die allmonatlichen Gebahrungsausweise des Zentralbüros. b) Zentralbüro und Gemeindekommission: arbeiten im gegenseitigen Einvernehmen. Alle notwendigen Erhebungen, weiters die in der Gemeinde notwendige Fürsorgearbeit wird von der Gemeindekommission geleistet. Dieselbe führt genaue Ausweise hierüber, die sie allmonatlich zur weiteren Verarbeitung an das Zentralbüro einsendet. Die Gemeindekommission fordert notwendig werdende Richtlinien vom Zentralbüro an.

5. Aufbringung der Mittel: durch das Kuratorium im Einvernehmen mit den Gemeindekommissionen. Einnahmsquellen sind: Subventionen der Regierung, der angeschlossenen Körperschaften usw., Erträgnisse der vom Kuratorium herausgegebenen Publikationen, Veranstaltungen, Selbstbesteuerung, Spenden. Von den Gemeindekommissionen aufgebrachte Mittel stehen für deren lokale Zwecke zur Verfügung. Jedoch ist auf der alljährlich zu veranstaltenden Tagung sämtlicher angeschlossenen Korporationen und Gemeindekommissionen festzustellen, wieviel von deren Jahreserträgnissen in % für die Erhaltung des Zentralbüros und großer allgemeinen Zwecken dienender Institutionen (wie z. B. Lungenheilstätten usw.) abzuführen sind. Ueberdies kann das Kuratorium den Gemeindekommissionen für deren Zwecke Subventionen gewähren.

---

## Antisemitische Ausschreitungen in Klattau und Strakonitz.

Plünderungen jüdischer Läden und judenfeindliche Exzesse sind jetzt auf dem Land an der Tagesordnung. Nach den Plünderungen in Pečck, in Brandeis, Kolin usw. erhalten wir über die Ausschreitungen in Klattau einen Bericht, dem wir folgendes entnehmen: Die Ausschreitungen der Menge, die anfangs den gewöhnlichen Krawallen glichen, nahmen bald einen judenfeindlichen Charakter an. Es wurden fast nur jüdische Länden geplündert und die Menge zog unter Drohrufen zur Synagoge, um dort die Plünderungen fortzusetzen. Der Tempeldiener, der sich der Menge entgegenstellte, erklärte, daß nicht im Tempel, sondern in der nahen jüdischen Schule Vorräte lagern, die für die jüdischen Flüchtlinge bestimmt, aber von der Behörde weder an diese noch an die Bevölkerung verteilt worden waren. Diese Nachläßigkeit der Behörden kam den Juden teuer zu stehen. Ihre Schule wurde vollständig ausgeplündert. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen, aber — ein unglaublicher Fall! — als die Menge eine drohende Haltung einnahm, wurden die Verhafteten in Freiheit gesetzt. Die Behörden haben also nicht einmal die Macht, die Schuldigen der Strafe zuzuführen. — Die Plünderungen in Strakonitz währten bis nach Mitternacht und mit einer Ausnahme wurden nur Juden von ihnen betroffen. Die Geschäfte von Weil, Reimann, Bedřich Kafka, Kosak und Josef Kafka wurden vollkommen ausgeraubt. Kein Jude durfte sich auf der Gasse sehen lassen. Die Gendarmerie war machtlos und militärische Assistenz nicht vorhanden. Die Intelligenz und das Bürgertum sah dem Treiben lächelnd zu. Vor den Geschäften, die ausgeplündert werden sollten, wurde zum Zeichen Mehl gestreut. Einem Privatbrief entnehmen wir, daß von einer Notlage der Arbeiterschaft in der Stadt keine Rede war; nach den Schilderungen dieses Briefes haben die Juden in Strakonitz schwere Stunden durchgemacht. — Auch in Časlau wurden bei den letzten großen Ausschreitungen meist jüdische Geschäfte geplündert.

### Die antijüdischen Ausschreitungen in der Slovakei.

Der Korrespondent der „J. P. Z." meldet: Der tschechoslowakische Staatsrat Dr. Ivan Markowics ist bei seiner Rückkehr aus Paris in Nove Mestho nad Vahom (ung. Vagujhely) mit großer Feierlichkeit, Triumphbögen usw. empfangen worden. In seiner Ansprache kritisierte und verurteilte er scharf die Plünderungen der bäuerlichen Bevölkerung: „Ich komme nach drei Jahren aus Frankreich zurück und finde Häuser ausgeplündert, Fenster eingeschlagen, Geschäfte erbrochen und die Juden geflüchtet. Ist das eure Freiheit? Schämt ihr euch nicht? Sind denn die Juden keine Menschen wie ihr? Auch unter ihnen befinden sich zahreiche Förderer der tschechoslowakischen Sache und mutige Kämpfer für unsere Freiheit."

---

### Lloyd George und Wilson über die zionistische Frage.

(P.J.P.) Das Kopenhagener Zionistische Bureau berichtet: Der Redakteur der New Yorker „Vorwärts“, Abe Cahan, hatte ein Interview mit Lloyd George, der ihm versicherte, er habe mit dem Präsidenten Wilson die jüdische Frage in einer durchaus befriedigenden Weise erörtert. (Eine ähnliche Mitteilung machte Wilson dem Herausgeber des „Jewish Chronicle“. — Red.)

### Professor Weizman bei Wilson.

Präsident Wilson empfing nach seiner Rückkehr aus Italien Prof. Weizman in längerer Audienz. In deren Verlauf wurde auch die künftige Staatsform des jüdischen Gemeinwesens in Palästina unter Berücksichtigung der kürzlichen Besprechung Lloyd Georges mit Weizman und Herbert Samuel erörtert. Präsident Wilson zeigte sich außerordentlich informiert und den zionistischen Wünschen geneigt.

### Eine Erklärung der japanischen Regierung für Palästina.

(P.J.P.) Kopenhagen, 14. Jänner. Der japanische Gesandte in London veröffentlichte im Namen seiner Regierung am 10. Jänner folgende offizielle Erklärung: Die japanische Regierung nimmt mit Befriedigung von den Bestrebungen des jüdischen Volkes zur Erlangung eines nationalen Heimes in Palästina Kenntnis und sieht mit wohlwollendem Interesse der Verwirklichung dieser Wünsche entsprechend den projektierten Vorschlägen entgegen. Der Gesandte fügte hinzu, daß die japanische Regierung die gleiche Erklärung bereits am 31. Dezember der zionistischen Organisation in Shanghai übermittelt habe.

### Die holländische Regierung und die Judenfrage.

Der holländische Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Jonkheer H. A. van Karnebeeck, empfang das jüdische Kongreßkomitee in Audienz. Die Delegation bestand aus den Herren Dr. B. H. Asscher (Allianz) H. J. Kisch (Ito) und den Zionisten Henri Edersheim und Jakobus H. Kann. Herr Asscher überreichte namens des Komitees dem Minister die Petition der holländischen Juden, die 46.578 Unterschriften trägt, und in der die Regierung aufgefordert wird, ihren Einfluß anzuwenden, daß die befugten Vertreter der organisierten Judenschaft auf der Friedenskonferenz die jüdischen Wünsche zur Sprache bringen. Der Minister erklärte, daß er von diesem Ersuchen mit Interesse Kenntnis nehme. Wenn Holland auf der Friedenskonferenz zugelassen werden und die Judenfrage zur Sprache kommen sollte, dann würde die holländische Regierung gerne in dem Geiste der Resolution tätig sein. Die holländische Regierung glaubt das den jüdischen Bürgern Hollands schuldig zu sein, deren Mitarbeit der holländischen Staatsgemeinschaft immer in hohem Maße zugute gekommen sei. In diesem Zusammenhang machte der Minister die Bemerkung, daß er es bedauern würde, wenn Holland seine jüdischen Mitbürger würde entbehren müssen, wenn auch die Wünsche, die diesbezüglich im jüdischen Volke leben, seine volle Sympathie haben. Schwieriger würde es für die Regierung sein, etwas in diesem Sinne zu tun, wenn — was der Minister indes als nicht wahrscheinlich erachtet — Holland und die anderen neutralen Länder auf der Friedenskonferenz nicht vertreten sein sollten. Der Minister gab aber die Versicherung, daß die Regierung auch in diesem Falle alles tun würde. Herr Asscher dankte dem Minister für seine Erklärung.

### Ein zionistisch-französisches Abkommen über Palästina.

Die Pariser Zeitschrift „La Palestine Nouvelle“ veröffentlicht einen Artikel, in welchem zu den neulich von französischen Politikern angemeldeten Ansprüchen in Palästina und Syrien Stellung genommen wird. Sie verweist darauf, daß zwischen dem Minister des Aeußern Pichon und dem Vertreter der zionistischen Organisation Nahum Sokolow eine offizielle Vereinbarung getroffen sei, deren einzelne Punkte der „Temps“ vom 10. Februar 1918 veröffentlicht hat.

### Die Araber für den Zionismus.

Stockholm, 2. Jänner. Dem Jüdischen Preßbüro wird aus Stockholm telegraphiert: Lord Rothschild arrangierte zu Ehren Feysals, des Sohnes des Königs von Hedschas, und seines diplomatischen Gefolges ein Bankett, an dem u. a. Lord Milner, Lord Robert Cecil, Earl of Crewe, Sir Herbert Samuel u. a. zionistische Führer teilnahmen. Es wurden dabei warme Trinksprüche für den Zionismus gewechselt.

### Freier Handelsverkehr mit Palästina.

(P.J.P.) Kopenhagen, 15. Jänner. Die englische Regierung erließ eine Verfügung, die den Handelsverkehr mit Syrien und Palästina und die Ausfuhr von Artikeln, die keinen besonderen Beschränkungen unterliegen, gestattet.

### Jüdische Militärpolizei in Palästina.

Das Jüd. Korr.-Bur. Bern-Zürich berichtet nach einer Meldung des Pariser „New-Herald“ vom 2. Jänner: Die aus Frankreich zurückberufenen jüdischen Soldaten Amerikas sollen nach Palästina gesandt werden, um dort Polizeidienst zu verrichten. Die jüdische Militärpolizei für Palästina zählt bereits mehr als zehntausend Mann. Das britische Kriegsministerium fordert ebenfalls jüdische Soldaten auf, sich für diesen Dienst freiwillig zu melden.

### Heimkehr vertriebener Flüchtlinge nach Palästina.

Am 12. Dezember traf der erste Transport von Juden, welche während des Krieges aus ihrer palästinensischer Heimat vertrieben wurden, wieder in Palästina ein. Der Dampfer führte die jüdische Flagge, an der Spitze des Heimschaffungskomitees steht der frühere Leiter des zionistischen Palästinaamtes Dr. Arthur Ruppin.

### Das erste jüdische Schiff unter nationaler Flagge.

(J.P.W.) Dem „Nowy Dziennik“ zufolge begann zwischen Jaffa und Konstantinopel das erste Schiff mit nationaljüdischer Flagge zu verkehren. Außerdem wird dem Blatt aus Odessa gemeldet, daß sich eine Gruppe von Odessaer Juden, die Schiffseigentümer sind, an das Oberkommando der Koalitionsarmee mit der Bitte gewandt hat, zu gestatten, daß auf der Linie Odessa-Konstantinopel-Jaffa ein Schiffsverkehr unter nationaljüdischer Flagge eingerichtet werden dürfe. Fürs erste ist die Ausfahrt von 2 Personendampfern geplant.

#### Die holländische Presse und Palästina.

Das bekannte einflußreiche Tageblatt „De Telegraaf“ in Amsterdam entsendet Herrn Jakob Landau, Leiter des jüdischen Korrespondenz-Bureaus im Haag, als ihren Korrespondenten nach Palästina. Die Artikel des Herrn Landau werden gleichzeitig in den Londoner „Times“ erscheinen.

### Unverzügliche Unterstützung der Zionistischen Fonds benötigt.

Das Kopenhagener Zionistische Bureau erhält ein Telegramm von dem Zionistischen Bureau in London, in dem mitgeteilt wird: Abgesehen von der Summe von 30.000 Pfund monatlich für Hilfszwecke, die zum größten Teil von dem Joint Distribution Committee in New York beschafft wird, betragen die gegenwärtig von der zionistischen Palästinakommission benötigten Mittel 20.000 Pfd. mon. einschließlich des Schulbudgets, der Kosten für das Palästinaamt, der hygienischen und medizinischen Institutionen, des Wachdienstes und der Stadtverwaltung. Außerdem werden für die Vorarbeiten, die sich auf die Friedenskonferenz beziehen, weitere Fonds benötigt. Es ist die Pflicht aller Landesverbände, unverzüglich das ihrige zur Beschaffung der Gelder zu tun. In diesem entscheidednden Augenblick in der Geschichte des jüdischen Volkes ist es unbedingt notwendig, daß die Landesverbände diesem Aufruf des Londoner Bureaus im vollsten Maße nachkommen. Geldüberweisungen sind an das Kopenhagener Bureau der Zionistischen Organisationen zu richten.

### 40.000 Dollar für den Nationalfonds.

Wie dem Jüdischen Preßbüro in Stockholm aus London telegraphiert wird, ergab die Chanukahsammlung in Amerika für den jüdischen Nationalfonds die Summe von 40.000 Dollar.

---

### Reuter gegen die polnischen Lügenmeldungen.

London, 12. Jänner. Das Prager Jüdische Preßbüro erhält vom Londoner Büro der zionistischen Organisation folgende Meldung: Reuter verbreitet nachstehende Mitteilung: Bezüglich der in der letzten Zeit verbreiteten Angaben, in denen die Berichte über antisemitische Ausschreitungen durch die Polen in Galizien dementiert werden, erhält die Reuteragentur von der zionistischen Organisation die Nachricht, daß diese unbestreitbare Beweise für die Heftigkeit und Ausdehnung der kürzlich erfolgten Pogrome besitzt. Reuter fügt hinzu: Es erweckt Befremden, daß während noch die Vertreter der englischen Regierung in Polen Untersuchungen über die Pogrome anstellen, der Versuch gemacht wird, deren Ergebnis vorzugreifen und die bisher erstatteten Berichte zu diskreditieren.

#### Eine französische Untersuchungskommission für Galizien.

Die französische Regierung hat beschlossen, eine Kommission zur Untersuchung der Vorgänge während der Pogrome und der Schuldfrage nach Galizien zu entsenden.

### Ein neuer Pogrom in Lemberg.

Ein neuer Angriff auf die Juden geschah am Samstag, den 29. Dezember in Lemberg. Polnische Soldaten umschlossen zwei Straßen des Judenviertels mit einem Kordon, plünderten alle jüdischen Häuser und Läden, verhafteten alle Männer und vergewaltigten mehrere Frauen. Zwei der Letztern sagten vor dem Jewish Relief Committee aus: Der Zivilgouverneur, an den sich eine jüdische Deputation protestierend wandte, behauptete nichts tun zu können, da es eine militärische Angelegenheit sei. Der Adjutant des Kommandanten, Oberst Sikorski, motivierte den Vorgang mit dem Haßgefühl der polnischen Soldaten gegen die Juden. Er erklärte der Deputation, die die Bestrafung der Plünderer und Schadenersatz verlangte, daß er nur zweitausend Kronen und einiges gestohlenes Eigentum restituieren könne.

### Konfinierung der zionistischen Geiseln in Krakau.

(J.P.Z.) Warschau. Die jüdischen Zeitungen berichten, daß eine Delegation, bestehend aus den Herren J. Grünbaum, Ingenieur Koerner und A. Podlischewski beim Kommandanten Pilsudski wegen der Lemberger jüdischen Geisel interveniert hat. Der Kommandant versprach in Krakau die Sache persönlich mit General Rozwadowski zu erledigen. Nebenbei bemerkte er, daß die Zionisten zu häufig zu ihm Delegationen entsenden. Herr Grünbaum erwiderte, das wäre nicht ihre Schuld, denn nicht die Zionisten veranstalteten Pogrome und internierten Geiseln.

Der Präsident der polnischen Liquidationskommission, Graf Lacky, erklärte dem Berichterstatter des Jüd. Korr.-B. Bern-Zürich,

daß er den militärischen Autoritäten den Befehl erteilt habe, die vier internierten Zionisten nach Krakau zu überführen, wo sie unter der Bedingung, daß sie die Stadt nicht verlassen, sich frei bewegen könnten. Diese Ueberführung wird in wenigen Tagen erwartet.

## Entsetzliche Mißhandlungen galizischer Juden.

„Nowy Dziennik“ schreibt: Aus Wisnicz wird uns folgender, geradezu unglaublicher Fall mittelalterlicher Barbarei berichtet:

Am 28. November fand um 10 Uhr vormittags in der hiesigen Synagoge eine Versammlung der Juden statt, in welcher über die Absetzung des bisherigen Vorstehers der Kultusgemeinde beraten wurde. Das war diesem Herrn unbequem; er begab sich daher zu einem Oberleutnant, dem Kommandanten der hiesigen Besatzung, und erklärte ihm, man müsse die Juden auseinandertreiben. Der Oberleutnant beschloß, die „Revolution“ im Keime zu ersticken. So wurde um 11 Uhr vormittags die Synagoge von einem Militärkordon umzingelt. Nach Abgabe einer Salve in die Luft wurden die Juden zum Verbleiben auf ihrem Versammlungsorte gezwungen, einigen, die entfliehen wollten, wurde nachgeschossen.

Die Versammelten wurden sodann auf einem öffentlichen Platz zusammengetrieben, wobei in ganz rabiater Weise vorgegangen wurde. Gleichzeitig begannen die Soldaten Hausdurchsuchungen in den Privatwohnungen und schleppten aus den Winkeln die „Rebellen“ hervor, darunter zweiundsiebzigjährige Greise und zwölfjährige Jungen. Die Widerstrebenden wurden mit Kolbenschlägen bearbeitet, die Frauen durch Kolbenstöße fortgejagt. Sofort wurde angekündigt, daß man die Verhafteten erschießen werde. Ohnmächtige wurde mit Knüppeln bearbeitet und in brutalster Weise auf den Richtplatz geschleppt. Dort verkündete der Oberleutnant das Urteil, wonach jeder Zehnte der „Rebellen“ erschossen werden sollte. Der Rabbiner sollte zuerst erschossen werden. Schon wurden die Todeskandidaten aufgestellt, und man erwartete das Maschinengewehr, welches auch ankam. Zum Glück regte sich das „barmherzige“ Herz des Geistlichen, welcher die Anwendung der Prügelstrafe anriet. Auf den Ruf des Oberleutnants fand sich sofort eine ganze Reihe Freiwilliger zur Vollstreckung der Strafe. Die Arbeit begann. Der Oberleutnant half bei der Strafvollstreckung persönlich mit. Hundertdreißig Juden im Alter von 12—72 Jahren wurden geprügelt. Das Stöhnen der Mißhandelten und das fließende Blut schien zur „Arbeit“ anzueifern, die dem Pöbel ein angenehmes Schauspiel bot. Das Unglaubliche dauerte drei Stunden. Der zur Hilfe eilende Arzt hatte Gelegenheit, Hiebverletzungen der verschiedensten Art zu konstatieren.

## Kein Pogrom in Wladimir-Wolynsk.

Das Jüdische Preßbüro in Stockholm berichtet: Der Warschauer „Moment“ meldet, daß die Nachricht von einem Pogrom in Wladimir-Wolynsk, welcher durch die Polnische Telegraphen-Agentur vorbereitet wurde, jeder Grundlage entbehre. Die Zeitung bringt den Bericht eines ständigen Einwohners von Wladimir-Wolynsk, welcher erst am 16. Dezember von dort abgereist ist. Er bezeugt, daß dort kein Pogrom stattgefunden habe. — Vor einigen Tagen brachte die polnische Telegraphenagentur neuerlich Berichte über furchtbare Judenpogrome in Berditschew, wo 700 Juden getötet sein sollen, und in Schitomir. Beide Orte liegen in der Ukraine. Man kann auch hier annehmen, daß man es wiederum mit einem plumpen Täuschungsversuch der Polen zu tun hat, welche die Aufmerksamkeit der Welt auf die Ukrainer ablenken wollen.

### Der „Nowy Dziennik“ verboten.

(P.J.P.) Wie uns berichtet wird, haben die Polen unserem Krakauer Bruderblatt, der Tageszeitung „Nowy Dzdiennik“, das Postdebit entzogen. Damit hoffen sie den Juden Polens, deren einzige Waffe das weitverbreitete Blatt war, auch diese zu entziehen. Vorläufig erscheint an Stelle des „N. D.“ ein neues Blatt unter dem Titel „Gazeta židovska“.

### Prozentnorm an der Krakauer Universität.

Bei der diesjährigen Inskription an der Krakauer Universität hat die Universitätsbehörde prinzipiell auf je 100 christliche Hörer nur 5 Juden aufgenommen, also eine besondere Prozentnorm für die Juden aufgestellt.

### Ausschließung jüdischer Schüler in Polen.

Wie dem Jüd. Korr.-Bur. Bern-Zürich aus Lodz gedrahtet wird, finden in Lodz, Kielce u. a. Städten Ausweisungen jüdischer Schüler wegen Teilnahme an Trauerandachten für die Opfer der Pogrome (!) statt. 70 Schülerinnen wurden aus einer Schule entfernt. (Die diabolische Kunst der Polen, stets neue Verbrechen zu erfinden, für die sie die Juden bestrafen können, ist wahrhaft unübertrefflich. — Red.)

## Konferenz der polnischen Assimilantenführer.

(J.P.Z.) In Warschau fand am 15. Dezember eine Konferenz der Assimilantenführer aus Kongreßpolen und Galizien statt, die sehr zahlreich beschickt war. Hauptthema der Beratung bildete die Frage, ob man das Verlangen nach nationaler Autonomie bekämpfen oder sich neutral verhalten soll. Die meisten Redner erklärten, sie hätten vollständig mit dem Kurs der alten Assimilanten, wie dieser durch 25 Jahre durch Dr. Nußbaum, Dickstein, Kempner, Natanson und Konsorten geführt wurde und auf gewaltsamer Assimilation und offenem Kampf gegenüber der jüdischen Nationalität beruhte, gebrochen, und ihr Kurs sei, niemanden zur Assimilation zu zwingen, denjenigen, die sich zur jüdischen Nationalität bekennen, nicht gegenüberzutreten und nationale und kulturelle Autonomie nicht zu bekämpfen. (Allmählich werden die tschechischen Assimilanten die einzigen bleiben, die — echt fortschrittlich und demokratisch! — die Freiheit des nationalen Bekenntnisses durch ihren Kampf gegen die jüdische Nationalität vergewaltigen wollen. — Red.).

## Wilson und die Polen.

Aus Warschau meldet vom 28. Dezember der „Nowy Dziennik“: In einem Artikel schreibt die „Nowa Gazeta“ (Nr. 548):

„Von einer gestern aus der Schweiz zurückgekehrten Person erhielten wir die Nachricht, daß der Präsident Wilson die Empfangsbestätigung der ihm im Wege des Nationalkomitees durch die Verordnungen der Stadt Warschau und Krakau übermittelten Telegramme verweigert hat. Diese Nachricht ist ebenso bezeichnend wie wahrscheinlich, wenn man einerseits die Abneigung des Präsidenten Wilson dem Komitee gegenüber, anderseits die durch die Lemberger Vorfälle hervorgerufene Stimmung der Umgebung des Präsidenten in Betracht zieht, in der sich ein paar Juden befinden. (Darunter vier Sekretäre, durch den bekannten New Yorker Finanzmann und Philanthropen Jakob Schiff, einen persönlichen Freund des Präsidenten, empfohlen.) Diese Umgebung und mit ihr der Präsident Wilson sind der Ansicht, daß die Initiatoren und Leiter der antisemitischen Bewegung in Polen, welche die Pogrome zur Folge hatte, die im Nationalkomitee gruppierten Politiker und Richtungen sind.“

### Die amerikanischen Juden und die polnischen Pogrome.

Wie das Jüdische Preßbüro Stockholm meldet, fand in New York ein überwältigendes Protestmeeting gegen die Pogrome statt, bei dem u. a. Bankier Jakob Schiff und der Dichter Schalom Asch als Hauptredner auftraten. Jakob Schiff verdammte die Tätigkeit Dmowskis, des Hauptes des von den Vereinigten Staaten anerkannten polnischen Nationalkomitees in Paris, nannte ihn den Organisator des Judenboykotts und den Hauptschuldigen an dem bestialischen polnischen Antisemitismus. Er forderte die Nichtzulassung Dmowskis zum Friedenskongreß durch die Vereinigten Staaten, da Polen nicht früher seine Selbständigkeit erlangen dürfe, bevor nicht die jüdischen Rechte sichergestellt seien. In einem Zustimmungstelegramm nannte Mr. Clark, der Speaker (Präsident) des amerikanischen Kongresses, die polnischen Judenpogrome idiotisch und verbrecherisch und gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Friedenskongreß den Greueln ein Ende setzen werde. Die angenommene Protestresolution wird durch Vermittlung des Washingtoner Staatsdepartements dem Friedenskongreß übermittelt werden.

### Das Los der Flüchtlinge.

Laut „W. Morgenzeitung“ werden die jüdischen Flüchtlinge aus Böhmen und Mähren, die nach der Bukowina heimkehren, an der Bukowinaer Grenze in Sniatyn von rumänischen Behörden zurückgehalten und als „Fremde“ nach der Bukowina nicht hineingelassen. Sie erdulden dort große Leiden, da sie weder Kleidung noch Nahrung besitzen. Die „Morgenzeitung“ warnt daher die Flüchtlinge in Böhmen und Mähren vor der beschleunigten Rückreise nach der Bukowina.

---

### Die Lage der Juden in Pistyan.

Der nach Budapest geflüchtete Oberrabiner des Kurorts Pistyany, Koloman Weber, erhielt von seiner Gemeinde die Verständigung, daß der Kommandant der tschechischen Besatzung den jüdischen Kaufleuten den Befehl erteilte, ihre Läden am Samstag offen zu halten, sonst werde er ihre Geschäfte mit Gewalt öffnen und die Waren durch fremde Personen verschleißen lassen. Dieser Befehl ist umso ungerechter, als im Kurort Pistyan genügend christliche Geschäfte vorhanden sind und die Bevölkerung stets in genügender Weise ihren Samstagsbedarf dort decken konnte. Oberrabbiner Weber wandte sich unverzüglich an den Budapester Gesandten des tschechoslowakischen Staates, Dr. Milan Hodzsa, der sogleich versprach, wegen dieses Gewissenszwanges zu intervenieren und ersuchte, daß man sich, falls auch in anderen slowakischen Ortschaften ein religiöser Zwang auf die Juden ausgeübt werde, telegraphisch an ihn wenden möge.

---

## Die Gleichberechtigung der rumänischen Juden.

Das „Echo de Paris“ vom 5. Januar meldet: Das Zentralkonsistorium der französischen Juden wandte sich an den Gesandten Rumäniens in Paris, Antonescu, mit dem Hinweis, daß die Zeit für die Lösung der Judenfrage in Rumänien gekommen sei. Herr Antonescu erwiderte in einem an den Präsidenten des Konsistoriums, Baron E. v. Rothschild gerichteten Schreiben, dem wir den wesentlichen Passus entnehmen:

„Mit Recht erinnern Sie mich, daß Herr Bratianu in der Sitzung vom 10./23. Juni 1917 der rumänischen konstituierenden Versammlung die Dringlichkeit einer durchaus liberalen und vollständigen Lösung der jüdischen Frage anerkannt hat. Herr Bratianu, aufs neue Ministerpräsident geworden, hält sein Versprechen und vollendet den Akt der völligen, so lang erwarteten Emanzipation. Durch ein vom 23. Dezember 1918 datiertes Telegramm aus Bukarest teilt mir Herr Bratianu mit, daß ein Dekret, das allen in Rumänien geborenen Juden das Bürgerrecht gewährt, in diesen Tagen Gesetzeskraft erlangt.“

Dazu ist zu bemerken: Die Bürgerrechte sollen nur Juden, die ihre Geburt im Lande nachweisen können, gewährt werden. Kenner der Verhältnisse, die wissen, daß dieser Nachweis besonders bei der ältern Generation schwierig sein dürfte, werden von diesem Gesetze keine große Veränderung in den tatsächlichen Verhältnissen der Juden erwarten.

### Jüdischnationale Vertretung im Banater Volksrat.

Neben den Rumänen, Serben, Magyaren erhalten auch die Juden im Verhältnis ihrer Bevölkerungszahl ihre Vertretung im Banater Volksrat.

### Allgemeine Zionistenkonferenz in London.

(P.J.P.) **Berlin, 7. Jänner.** Prof. Weizman drahtet, daß am 10. Februar eine allgemeine zionistische Konferenz in London stattfinden und voraussichtlich drei Tage dauern soll. Der allgemeine Zionistenkongreß wird später folgen.

### Italienische Kundgebung für den Zionismus.

Am 8. Dezember wurde das Volk der Stadt Rom von der nichtjüdischen Organisation „Pro Israele“ zu einer im Teatro Nazionale stattfindenden Massenversammlung eingeladen. Um 10 Uhr vormittags war das Theater bis auf den letzten Platz besetzt. Außer dem Vorstande der „Pro Israele“ waren E. Nathan (Bürgermeister Roms), Luigi Luzzatti (ehem. Ministerpräsident), Raya (Präsident des Parlaments), Senatore Ruffini, General Vercellana und viele Vertreter der Regierung, des Heeres und des Parlaments anwesend. Außerdem bemerkte man den amerikanischen Gesandten Nelson Page, Hollway als Vertreter Englands, Eusebio Lego als Vertreter Portugals und die Repräsentanten der gesamten italienischen Presse. Viele Minister, Schriftsteller und bedeutende Persönlichkeiten, sowie alle jüdischen Gemeinden Italiens und das armenische Volk hatten Zustimmungserklärungen geschickt. — Es sprachen Senatore Ruffini, Abgeordneter Arcà, Prof. E. Sella und Dante Lattes, Direktor der Zeitschrift „Israel“. Außerdem brachte E. Sereni den Dank des Komitees der jüdischen Gemeinden Italiens. Es wurde am Schlusse einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Das römische Volk ist überzeugt, daß der Friede nur dadurch verwirklicht werden könne, wenn die Bestrebungen aller Nationen, der großen wie der kleinen, befriedigt werden und jedem Volke die Möglichkeit gegeben sei, seine Fähigkeiten zum Wohle der Menschheit zu entwickeln. Es verlangt daher zum Friedensschlusse: 1. Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina in den von den geschichtlichen Traditionen und von den politischen und ökonomischen Notwendigkeiten festgesetzten Grenzen, sowie Schaffung der zu ihrer freien Entwicklung nötigen Zustände. 2. Volle und tatsächliche Gleichstellung für die Juden aller Länder. 3. Nationale, kulturelle, soziale und politische Autonomie für die jüdischen Bevölkerungen der Länder jüdischer Massenansiedlung, soweit sie von den Juden verlangt wird.

### Anschluß von neunzig Prozent aller südslavischen Juden an die Zionistische Organisation.

Wie wir bereits mitgeteilt haben, hat der zionistische Landesverband für die südslavischen Länder dem südslavischen Nationalrat ein ausführliches Memorandum mit seinen Forderungen vorgelegt, die in vollem Umfange angenommen wurden. Das Manifest des „Kopenhagener Bureaus“ ist in zehntausend Exemplaren im ganzen Lande verbreitet worden. Der Erfolg ist ein ganz außerordentlicher. Neunzig Prozent aller Juden der südslavischen Länder haben sich der zionistischen Organisation angeschlossen.

### Christliche Zionisten.

Viele bekannte Persönlichkeiten und hohe Staatsbeamte der Vereinigten Staaten fragten bei dem Newyorker zionistischen Bureau an, ob sie in die zionistische Organisation aufgenommen werden oder wie sie sonst der jüdischen Nation beim Wiederaufbau Palästinas behilflich sein könnten. Infolgedessen ist das Projekt aufgetaucht, eine christlich-zionistische Organisation zur Unterstützung der zionistischen Aufgaben ins Leben zu rufen.

### Zu Nahum Sokolows 60. Geburtstag.

Am 10. Januar 1919 feierte Nahum Sokolow seinen sechzigsten Geburtstag. Die Bedeutung Sokolows für die zionistische Bewegung und das Judentum überhaupt sind allgemein bekannt. Es ergeht an die zahlreichen Verehrer Sokolows die Aufforderung, durch ansehnliche Spenden zu seiner kollektiven Eintragung ins Goldene Buch des J. N. F. beizutragen.

---

### Wahlen zur Wilnaer jüdischen Gemeinde.

Vom 24.—26. Dezember fanden in Wilna die Wahlen zur jüdischen Gemeinde auf breitester demokratischer Grundlage statt. Es wurden 15.187 Stimmen abgegeben, d. h. 30% aller Wahlberechtigten beteiligten sich an der Wahl. Auf Grund des Proporzes verteilen sich die 80 Sitze wie folgt: 1 Vertreter der Kaufleute, 3 der vereinigten Sozialisten, 10 der Volksvereinigung, 2 Demokraten, 23 Bundisten, 24 Zionisten, 3 Poalezion, 2 Zeire Israel (zion. orthodox), 2 Schomre-Thora, 7 Handwerker.

### Ein nationaljüdischer Vertreter in der Stadtgemeinde Friedek-Mistek.

Wie in allen gemischtsprachigen Städten der tschechoslowakischen Republik, wurde auch hier die deutsche Gemeindevertretung aufgelöst und die Stadtverwaltung einem Regierungskommissär und einer 30gliederigen Verwaltungskommission übertragen. Für diese wurden zunächst 20 Tschechen und 10 Deutsche in Vorschlag gebracht, doch hat die schlesische Landesregierung auf Grund eines vom hiesigen jüdischen Volksrate eingebrachten Protestes den Juden 2 Mandate eingeräumt. Das eine Mandat bekleidet der Vorsitzende des Friedek-Misteker Volksrates Herr Adolf Reik; bei der Besetzung des zweiten Mandates wurde der Vorschlag der hiesigen Judenschaft nicht berücksichtigt und ein nicht auf jüdischnationalem Standpunkte stehender Herr in die Verwaltungskommission berufen. Unser Vertreter hat in offener Sitzung wegen der Personenfrage Protest erhoben und die Weiterleitung desselben an die schlesische Landesregierung verlangt. Wir sind überzeugt, daß ein gleich konsequentes Auftreten unserer Volksräte in den Städten mit jüdischen Minderheiten den gleichen Erfolg zeitigen wird.

---

## Mitteilungen des Palästinaamtes Prag II., Soukenická 34.

Amtsstunden des Evidenzbureaus: Montag, Mittwoch, Donnerstag von 6—8 Uhr abends im Bureau des D. K. — Dem Palästinaamt sind von Seiten des Aktionskomitees Informationen zugegangen, welche von in Prag befindlichen Interessenten im Evidenzbureau während der Amtsstunden eingesehen werden können. Die außerhalb Prags wohnenden, in Evidenz genommenen Personen erhalten alle Informationen schriftlich. Es wird wiederholt darauf hingewiesen, daß nur registrierte, mit Legitimation des Palästinaamtes reisende Personen die von der Organisation zur Verfügung gestellten Begünstigungen ansprechen können.

### Der Aufbruch nach Palästina.

Das Kopenhagener Zionistische Bureau schreibt:

Der Zionismus lebt in der Erwartung des Augenblicks, den er von jeher erstrebt hat: da der historische Anspruch des jüdischen Volkes auf Palästina von den Nationen anerkannt werden soll. Inmitten dieser Zeit der höchsten Erwartung hat sich in einer Reihe osteuropäischer Länder eine Welle von Pogromen erhoben, die aufs neue dem jüdischen Volke die Tragik seiner Heimlosigkeit vor Augen geführt und seinen Willen zur Auswanderung aus den heimgesuchten Ländern angefacht hat.

Es zeugt für die Kraft des zionistischen Gedankens und seiner großen Zukunft, daß die zur Auswanderung bereiten Massen danach streben, ihre Existenz nach Palästina zu verpflanzen. Schon jetzt laufen bei den verantwortlichen zionistischen Stellen täglich Botschaften von Gruppen und Einzelpersonen aller Länder ein, aus denen hervorgeht, wie sehr der Augenblick des Aufbruchs herbeigesehnt wird.

So ernst die Notlage der Massen im Osten und so befriedigend die Bereitschaft zur Besiedlung Palästina ist, so dürfen sie doch keinesfalls zu irgendeiner überstürzten und für das ganze Palästinawerk gefährlichen Handlung führen. Alle, die voller Ungeduld das Zeichen zum Aufbruch erwarten, müssen sich sagen, daß bis zum Abschluß der politischen Vorarbeiten ein solches Zeichen nicht gegeben werden kann. Sie müssen sich ferner sagen, daß unter den heute allenthalben noch herrschenden Bedingungen die Ueberführung großer Scharen von Menschen in ein anderes Land unmöglich ist, besonders in eines, das wie Palästina unter der Okkupation einer militärischen Macht steht.

Erst wenn die politischen Arbeiten beendet sind und die allgemeinen Bedingungen sich geregelt haben, wird es Zeit sein, den Willen zur Auswanderung zur Tat werden zu lassen. Es ist aber gut, sich schon jetzt klarzumachen, daß auch dann der Aufbruch mit aller nötigen Vorsicht planmäßig folgen muß. In dem Augenblick, in dem die Forderungen des jüdischen Volkes vor dem Tribunal der Nationen ihre öffentliche Anerkennung gefunden haben werden, beginnt die verantwortungsvollste Aufgabe für die nach Palästina strebende Judenheit; die Vorbereitung des Landes und die Organisierung der Auswanderung dahin in solcher Weise, daß Palästina und die dort sich bildende neue Gemeinschaft fähig werden, immer wachsende Massen von Juden sich einzugliedern und ihnen Existenzmöglichkeiten und Lebensformen zu bieten, die im Einklang mit den an Palästina geknüpften Hoffnungen des jüdischen Volkes stehen. Bei der Vorbereitung und Durchführung dieser Arbeit darf sich der Zionismus in seinen verantwortlichen Faktoren durch nichts beirren lassen, was ihn von der systematischen, auf viele Jahre hinaus berechneten Fortentwicklung seines Palästinawerkes ablenken könnte. Die wichtigste Phase der Erschließung des Landes darf nicht der Belastung durch eine unorganisierte Einwanderung ausgesetzt werden.

Bei der Disziplin, welche die zionistischen Organisationen aller Länder von jeher bewiesen haben und die nicht am wenigsten dazu beigetragen hat, der Bewegung ihre Geschlossenheit und Kraft zu verleihen, ist zu erwarten, daß auch jetzt die Führer und Organe in den einzelnen Ländern dahin wirken werden, übereilte Schritte zu verhüten. Die Besiedlung des Landes darf nicht in nervöser Hast oder als Folge einer — wenn auch noch so ernsten — augenblicklichen Notlage erfolgen, sondern muß nach einem einheitlichen Plane vor sich gehen, der alle bestehenden und künftigen Möglichkeiten Palästinas in Betracht zieht und vor allem bestrebt ist, die Tragfähigkeit des Landes und seine Bewohnerschaft von Jahr zu Jahr zu steigern, damit immer größere Massen des jüdischen Volkes in ihm die ersehnte Heimstätte finden.

Um dieses Ziel zu erreichen, muß sich die zionistische Organisation auf das Verantwortlichkeitsgefühl und die Selbstzucht aller zionistischen Korporationen und ihrer Leiter verlassen können. Die russischen Zionisten haben bereits im Frühling vorigen Jahres den Grundsatz aufgestellt, daß die Auswanderung nach Palästina nur nach den Bedürfnissen des Landes und nicht unter der Einwirkung der in den Ländern der Diaspora herrschenden Verhältnisse erfolgen darf; das Bekenntnis zu einem solchen Grundsatz beweist das Verständnis und die Verantwortlichkeit der Zionisten für das ihrer harrende Werk. Die Richtigkeit und Bedeutung dieses Prinzips wird man zweifellos auch dort würdigen, wo die Pogrome als ein starker Antrieb zur Auswanderung wirken.

Nur strengste Disziplin kann die Durchführung des einheitlichen Siedlungsunternehmens gewährleisten. Zielbewußt und besonnen muß jeder gegenwärtige Schritt sein, der zur Sicherung der jüdischen Zukunft führen soll.

---

### Vorbereitung für Palästina.

Für die Führer der Ansiedlungsbewegung in Palästina wird es ungeheuere Aufgaben zu lösen geben. Wird doch voraussichtlich nach Palästina eine Masseneinwanderung einsetzen, wie sie die Geschichte noch nicht kennt. Diesen Massen die erste Zeit ihres Aufenthaltes materiell zu sichern, ihnen Unterkunft, Ernährung und entsprechende Arbeit zu verschaffen, wird nicht leicht sein. Nur eine musterhaft arbeitende Organisation wird dies zu Stande bringen.

Jeder einzelne aber, der jetzt hinübergehen will, muß der Gesamtheit, aber auch sich selbst durch eine richtige Vorbereitung diese Schwierigkeiten erleichtern. Was kann man nun tun, wie kann man sich hier auf das neue Leben, das man drüben beginnen will, vorbereiten? Für jeden einzelnen lautet die Antwort auf diese Frage bei Berücksichtigung seiner persönlichen Verhältnisse anders. Hier können nur die großen Grundlinien angedeutet werden, an die man sich halten muß. Die wichtigste Frage ist die des Berufes und da kann man schon heute sagen, daß für eine gesunde Entwicklung unseres Landes eine überwiegende Zahl landwirtschaftlich tätiger Personen wird die Grundlage bilden müssen. Alle anderen Berufe, besonders die mit Handel und Industrie zusammenhängenden, werden in den ersten Jahrzehnten der Entwicklung nur wenig Möglichkeiten finden. Daß der Handel, der exportfähige Produkte voraussetzt, sich in den ersten Dezennien in sehr bescheidenen Grenzen wird halten müssen, ist gewiß vorauszusehen. Auch der Import von Waren, der jedenfalls bedeutend steigen wird, wird nur verhältnismäßig wenig Personen beschäftigen, da genossenschaftliche Organisationen voraussichtlich Einfuhr und Ausfuhr in großzügiger Weise durchführen werden. Schon in der Kolonisationsperiode vor dem Kriege haben sich derartige genossenschaftliche Organisationen vorzüglich bewährt. Der an Golusverhältnisse gewöhnte Jude vergißt allzu leicht, daß in Erez Israel nicht die Verhältnisse herrschen werden, die uns gezwungen haben, uns größtenteils dem Handel zuzuwenden. Die Juden werden dort glücklicherweise die ganze produktive Arbeit übernehmen müssen und diese beschäftigt bei normalen Völkern mindestens 80% der Bevölkerung. So sehr es zu begrüßen ist, wenn jemand schon jetzt einen Beruf hat, den er in Palästina wird ausüben können, so gewiß ist es, daß für die größte Zahl der Einwanderer eine Berufsumschichtung wird stattfinden müssen.

Zu den Berufen, die in Palästina auch notwendig sein werden, gehören die verschiedenen Arten des Handwerks. Jeder geschickte Handwerker wird gebraucht werden; doch auch hier gilt es zu beachten, daß wir in einzelnen Handwerken zu viel, in anderen zu wenig vertreten sind. Es werden besonders Bauhandwerker, Tischler, Schmiede und Schlosser fehlen.

Als zweiten Hauptpunkt der Vorbereitung muß man die Erlernung des Hebräischen bezeichnen. Jeder, der ernstlich nach Palästina zu gehen beabsichtigt, muß sich schon hier das Hebräische in weitgehendstem Maße aneignen; er kann sich nicht darauf verlassen, wie etwa der Amerikafahrer bezüglich der englischen Sprache, die Sprache im Lande zu erlernen. Während der Einwanderer nach Nordamerika das Englische nur zum Tagesgebrauch erlernen muß, im Uebrigen im Verkehr mit seinen Landsleuten die Muttersprache beibehält und in dieser seine kulturellen Bedürfnisse befriedigen kann, wird in Palästina eine Teilnahme am kulturellen Leben nur möglich sein bei vollständiger Beherrschung des Hebräischen. Diese über den Tagesgebrauch hinausgehende Kenntnis der Sprache wird man sich drüben ohne vorherige mehrmonatige Studien zu Hause schwerlich aneignen.

Es sei nochmals betont, daß nur diejenigen, die sich ein richtiges Bild von den Möglichkeiten des künftigen Lebens in Palästina gemacht, ihre Hoffnungen und Wünsche nach demselben revidiert, ihre Pläne und Vorbereitungen danach getroffen haben, ein nützliches Element der neuen Siedlung bilden werden. Alle Anderen werden ein schädlicher Ballast sein. Die Organisation wird dafür sorgen müssen, daß nur diejenigen, die sich ihren Anordnungen auch bezüglich der Vorbereitung fügen, aller der Begünstigungen teilhaft werden, die für erwünschte Einwanderer vorgesehen sein werden.

P. G.

# Lokale Chronik.

**Klub jüd. Frauen und Mädchen.**

In der letzten Ausschußsitzung wurde beschlossen, jeden dritten Sonntag einen geselligen Nachmittag zu veranstalten. Der erste findet Sonntag, den 19. d. M. in der Adels-Ressource, Zeltnergasse 13, statt. Herr Hermann Lichtwitz (ehem. Neue Wiener Bühne) wird aus Scholem Alechem und Perez ausgewählte Stücke vorlesen. Ferner werden tschechische Dichter rezitiert werden. Beginn 7 Uhr. Gäste, Damen und Herren, willkommen. Regiebeitrag 1 K.

**Vortragszyklus Felix Weltsch.**

Dr. Felix Weltsch hält vom 19. d. M. angefangen (Sonntag, 11—12, Bergstein 6) im Prager Volksbildungsverein „Urania" einen Vorlesungszyklus über religionsphilosophische Probleme (Themen: Der Glaube. Glaube und Wissen. Leben und Einheit. Geist und Vitalität. Freiheit und Notwendigkeit. Gnade und Freiheit. Freiheit als religiöses Prinzip.). Dieser Zyklus wird gewiß auch vom Standpunkt der jüdischen Religionsphilosophie von Interesse sein, worauf wir unsere Leser aufmerksam machen. Karten vorm. bei Schenker, nachm. „Urania", Bergstein 6, Zykluskarten (6 Vorträge) 6 K.

**Biblische Vorträge im „Blau-Weiß".**

Im Rahmen des Wanderbundes „Blau-Weiß" hält Abraham Grünberg einen biblisch-geschichtlichen Kurs ab. Nur das in der Ueberlieferung Fortbestehende und Lebensgestaltende wird ausführlich behandelt. Die Archäologie — d. h. jene geschichtlichen Ereignisse und Tatsachen, die auf den Werdegang unseres Volkes von geringerem Einflusse waren — nimmt in den Vorträgen einen untergeordneteren Rang ein. Der Kurs findet jeden Montag 7¼ Uhr abends im Lokale des „Blau-Weiß" (Insel Kampa, Hroznová 5) statt. Gäste sind willkommen.

**Palästinavortrag Davis Trietsch.**

Der bekannte Palästinaforscher D. Trietsch hält demnächst in Prag einen Vortrag über die Zukunft Palästinas. Näheres wird noch bekanntgegeben.

**Poale Zion.**

Die erste Stunde des jüdischen Geschichtskurses (Prof. Dr. Oskar Epstein) findet am 21. Januar um ½8 Uhr abends im Vereinslokal (Bergstein 6) statt. — Allwöchentlich Sonntag um 3 Uhr nachmittags gemütliche Zusammenkünfte mit literarischem Programm. Gäste willkommen.

**Jüdischer Erziehungsausschuß.**

Allwöchentlich Mittwoch von 4—6 Uhr finden in einem Raume der Talmud-Thora-Schule (Joachimsgasse 3) Kindernachmittage statt. Kinder willkommen!

**Danksagung.**

Dem Palästina-Hilfskomitee des „Zentral-Vereines zur Pflege jüdischer Angelegenheiten", das seit Jahren unsere Hilfswerke auf die großzügigste Weise unterstützt, sowie den neu gegründeten Damenkomitees in Prag und Smichow, auch allen den Herren Rabbinern, die sich an der letzten Sammlung von K 13.000.— in der selbstlosesten Weise beteiligt, sprechen wir unseren wärmsten Dank aus. — Das Präsidium der „Hilfskommission 1915 für Palästina", Wien IV., Frankenberggasse 14.

# Briefkasten der Redaktion.

**Jüdische Mutter.** Sie schreiben uns: „In Prag wurden gleich nach der Revolution in vielen Auslagen, besonders in Buch- und Papierhandlungen, Ansichtskarten sichtbar, die in der gemeinsten und häßlichsten Weise die Juden verhöhnen. Es wird sich wohl jeder Jude die betreffenden Geschäfte merken und denen, die am Antisemitismus verdienen, nicht Gelegenheit zu weiterem Verdienst geben. Interessant ist nun Folgendes: Die Schüler des Gymnasiums in der Stephansgasse — zum großen Teil Juden — decken ihren Bedarf an Schreibmaterial in den Papierhandlungen der Josefa Jindra, Stephansgasse, und der Therese Benda, Korngasse. Obwohl nun beide auf jüdische Kunden angewiesen sind, haben auch sie die erwähnten Ansichtskarten ausgestellt. Es kann doch wohl nicht von den jüdischen Kindern verlangt werden, daß sie weiter bei diesen Leuten kaufen, die so antisemitisch sind und überdies ihre Feindschaft zu ihnen so offen kundgeben. Sicher würden auch die nichtjüdischen Mitschüler und das Professorenkollegium zustimmen, daß der Verlag der Schulhefte einem anderen Geschäft übergeben wird." Wir haben Ihren Brief infolge Raummangels erst heute veröffentlichen können. Sicher ist die von Ihnen angeregte Maßregel noch ebenso aktuell, auch für den Fall, daß die Händler die Ansichtskarten bereits ausverkauft haben. Es wundert uns, daß die Schülerschaft und das Professorenkollegium nicht von selbst den Betreffenden die Kundschaft des Gymnasiums entziehen. Hoffentlich wird Ihre Mahnung von Wirkung sein.

# Aus den Gemeinden.

**Brünn.** (Akademischer Verein jüdischer Sozialisten in Brünn.) Hier hat sich im Anschluß an die allweltliche jüdischsozialistische Arbeiterpartei „Poale Zion", ein akademischer Verein jüdischer Sozialisten, gegründet. Der Verein beabsichtigt durch Veranstaltung von Vorträgen, Diskussionsabenden und sonstige Agitation die jüdische Akademikerschaft mit der Gedankenwelt des Sozialismus vertraut zu machen. Anfragen und Beitrittserklärungen sind zu richten an die allweltl. jüd. soz. Arbeiterpartei „Poale Zion", Brünn, Lichtensteinstr. 2 und an Herrn Dr. Felix Loria, Brünn, Augustinerg. 27.

**Pilsen.** Am Mittwoch, den 8. d. M. referierte Herr Dr. Eidlitz in einer überaus zahlreich besuchten Versammlung über den Nationalkongreß in Prag. Redner sprach von dem überwältigenden Eindruck, den diese Versammlung der Vertreter aller Juden im Reiche auf die Erschienenen gemacht habe. Mit großem Beifall wurde die Nachricht aufgenommen, daß das jüdische Volk auch auf der Friedenskonferenz vertreten sein dürfte. Ebenso wurden die geplanten Reformen auf dem Gebiete der Kultusgemeinde, der jüdischen Schule und der jüdischen Wohlfahrtsorganisation mit Zustimmung zur Kenntnis genommen. An der Debatte beteiligten sich die Herren Köser, Prof. Singer und Herr Keller. Nach einem ausgezeichneten Schlußwort des Herrn Prof. Dr. Federmann, der zum Eintritte in die nationaljüdischen Organisationen aufforderte, wurde diese Versammlung geschlossen. Im Wesentlichen muß nach der Art der Besucher, geschlossen werden, daß endlich auch in unserer Stadt das Interesse an der jüdischen Politik ganz außerordentlich sich gesteigert hat.

קרן קימת לישראל

## Jüdischer Nationalfond.

### Zionistischer Distriktsverband für Böhmen (Nationalfond) in Prag.

### Allgemeine Spenden.

**Eingang vom 8. bis 11. Jänner 1919.**

| | |
|---|---|
| Aussig: Sammlung Sitzung | 2.90 |
| Hronow: Paul Singer | 2.50 |
| Postelberg: Sammlung Sitzung | 2.30 |
| Zusammen K | 7.70 |

### Baumspenden.

| | |
|---|---|
| Aussig: „Blau-Weiß", großer Mädchenzug 2 Bäume a. N. Irma Kohn im gleichnamigen Garten | 20.— |
| Volksverein „Theodor Herzl" anl. d. silbernen Hochzeit d. N. F.-Kommissiärs Gustav und Elise Pick 2 Bäume a. d. N. im Hans Pick-Garten | 20.— |
| Brüx: Karl Kohn 1 Baum anl. Jahrzeit nach s. sel. Vater David Kohn im Brüxer Garten | 10.— |
| Jüdischer Wanderbund „Blau-Weiß" gratuliert Fridl Lederer—Dr. Felix Seidemann zur Verlobung 1 Baum a. d. N. im Brüxer Garten | 10.— |
| Grete Taussig und Dr. Josef Löwi 1 Baum a. N. ihres verst. Onkels Jakob Taussig im Brüxer Garten | 10.— |
| Amalia und Hch. Bermann je 1 Baum anl. Jahrzeiten Cilli Bermann s. A., Anton Fischer s. A. im Brüxer Garten | 20.— |
| Anl. eines gemütlichen Zusammenseins b. Herrn Rudolf Heller je 1 Baum von Fanny und Rudolf Heller im Brüxer Garten | 20.— |
| Hronow: Paul Holzner je 1 Baum a. N. Otto und Olla Holzner im Hasmonäagarten | 20.— |
| Karlsbad: Helene Arnstein 1 Baum a. N. d. ehrenvollen Zionisten Dr. Ignaz Zollschan | 10.— |
| Jüdischer Wanderbund „Blau-Weiß"-Führerschaft, 1. Mdch.-Zug Hanerl Arnstein, 2. Irma Zentner, 4. Rosa Hirsch je 1 Baum a. N. Dr. Felix Seidemann | 40.— |
| Pilsen: Anl. d. Geburtstages der Gg. Frl. Trude Steiner spenden 2 Freunde 1 Baum a. i. N. im Lt. Franz Kahn-Garten | 10.— |
| Ernst Naschauer und Erich Pasch statt Blumen je 1 Baum a. N. Emma Liebstein im Lt. Franz Kahn-Garten | 20.— |
| Fam. Siegm. Vogl anl. silb. Hochzeit 5 Oelbäume im Pilsner Garten | 50.— |
| Dr. Eidlitz kondoliert Ottok. Popper anl. d. Ablebens seiner Frau Erna Popper | 10.— |
| Prag: Gustav und Mela Roubiczek, gewidmet dem Andenken der Frau Lina Grünwald 1 Baum im Fähnr. Anton Fuchs-Garten | 10.— |
| Klub jüdischer Frauen und Mädchen 2 Bäume a. N. Berta Fanta s. A. im gleichn. Garten | 20.— |
| Rabb. Dr. S. Arje anl. d. Verlobung seiner Schwägerin Frl. Amalie Freud mit Herrn Rabbiner Dr. Arnold Grünfeld 2 Bäume a. N. des Brautpaares im Herzlwald | 20.— |
| Postelberg: Marie Wolf 2 Bäume a. N. ihrer Eltern Josef und Rosalie Reitler statt Jahrzeitlicht im Postelberger Garten | 20.— |
| Zusammen K | 375.— |

### Goldenes Buch.

| | |
|---|---|
| Brüx: Sammlung 21. Jänner (Eintrg. vorb.) | 21.— |

### Selbstbesteuerung.

| | |
|---|---|
| Aussig: Max Laufer | 10.— |
| Budweis: Dr. Oskar Straß | 5.— |
| Prag: Hede Stadler | 5.— |
| Zusammen K | 20.— |

**Sammelbüchsen.**

B.-Leipa: Sam. Grünhut 10.20
Kolin: Paul Wodička 12.46
Prag: A31261 A. Hoffmann 5.—

Zusammen K 27.66

**Dunamspenden.**

Brüx: Ungenannt sein wollender, 4 Dunam 200.—

**Gesamtsumme jüdischer Nationalfond K 616.36**

**Schekel.**

Pilsen: Zionistischer Volksverein 98 Mitglieder für 1918 zu K 1.20, zus. 117.60

**Parteisteuer.**

Pilsen: Zionistischer Volksverein 98 Mitglieder für 1918 zu K 2.80, zus. 274.40

**Palästinahilfswerk.**

Nachod: N. N. L. statt Jahrzeitlicht 1.—, Tempelspenden: Wilhelm Eisenmann 10.—, Karl Fuchs 2.—, Otto Lederer 1.—, zus. 14.—

**Für Lemberger und Holleschauer Pogromopfer.**

Prag: Durch Klub jüd. Frauen und Mädchen: Durch Hede Kassowitz 20.—, durch Fini Mautner 38.—, zus. 58.—
Durch Herrn Rabb. Dr. Arje: Gesammelt durch die Damen: Frau Finanzrat Dr. Fried, Fleischmann, Zinner, Dr. Grün, Stefansky, Pollak, Fuchs, Dr. Arje, Dr. Heller, Kraus, Stransky, Fantl, Zeckendorf 1000.—

Zusammen K 1058.—

**Für galizische und bukowinaer Krigswaisenkinder**

Prag: Durch Herrn Rabbiner Dr. Arje: Gesammelt durch die Damen: Frau Finanzrat, Dr. Fried, Fleischmann, Zinner, Dr. Grün, Stefansky, Pollak, Fuchs, Dr. Arje, Dr. Heller, Kraus, Stransky, Fantl, Zeckendorf 1700.—

**Nachtrag.**

Dr. Felix und Irma Weltsch 3 Bäume a. N. Frau Berta Fanta im Berta Fanta-Garten 30.—
Martha T. anläßlich einer glücklich überstandenen Gefahr 5.—

**Berichtigung.** In Nr. 48 wurde irrtümlich unter den durch den „Jüdischen Sportklub „Hagibor“ eingesandten Bäumen nicht ausgewiesen: durch Otto Žalud: E. W. 1 Baum a. N. A. S. zum Andenken an den in der 11. Isonzoschlacht gefallenen Kollegen Popper im Hugo Stampf-Garten, was hiemit nachgetragen wird. Die Endsumme bleibt hiemit ungeändert.



Herausgeber: Ein Konsortium.
Verantwortlicher Redakteur: Abraham Kohane.
Druck von D. Kuh in Prag.



**Theater-Repertoire.**

**Městské divadlo Král. Vinohradů.**

Pátek. Nebožská komedie. — Sobota. Odpol. Noc v Bastilla. Večer. Blesk. — Neděle. Odpol. Zlatá rybka. Večer. Fatinica.

Anläßlich der unmittelbar bevorstehenden Auflösung der mährischen politischen Israelitengemeinden hat sich die dringende Notwendigkeit der Ergänzung der **Zuständigkeits-Kataster** ergeben.

Die in den mährischen Israelitengemeinden heimatzuständigen Personen werden hiemit aufmerksam gemacht, in ihrem eigenen Interesse ungesäumt schriftlich bei ihren Zuständigkeitsgemeinden wegen Aufnahme in diese Kataster einzuschreiten.

Im Auftrage der Bürgermeisterversammlung:
**Dr. Gustav Zweig.**



## Jüdisches Kriegswaisenheim in Erez Jisroel.

Hunderte hilfloser Waisen im Lande der Väter waren während des Krieges Gegenstand unserer Fürsorge. Von fortlaufenden Spenden zur Stillung augenblicklicher Not abgesehen, haben wir Jahr für Jahr ein bescheidenes Kapital zur Gründung von Waisenheimen nach dem Kriege beim Bankhause S. M. von Rothschild hinterlegt. Nun gilt es, mit gesammelter Kraft diesen Plan auszuführen und zunächst die jüdischen Waisen, die im heiligen Lande geboren und akklimatisiert sind, zu brauchbaren Menschen und jüdischen Kulturträgern zu erziehen, die für den Wiederaufbau des Landes einen wertvollen Grundstock bieten können.

In Landwirtschaft und Handwerk sollen unsere Zöglinge ausgebildet und auf der Grundlage des überlieferten Judentumes erzogen werden. Unsere Anlagen denken wir uns in einer landwirtschaftlichen Ansiedelung. Nach dem bewährten Vorgange etwa des syrischen Waisenhauses in Jerusalem hoffen wir, schon nach einigen Jahren die Erhaltungskosten aus dem Erträgnis der Arbeit unserer Zöglinge decken zu können. Die bei uns ausgebildeten Meister werden die Lehrer der nachfolgenden Jugend sein.

Wie alle unsere Unternehmungen, soll sich auch diese jedem Parteigetriebe fernhalten. Sie darf daher die Unterstützung aller Juden ohne Unterschied in Anspruch nehmen.

Der Hinweis auf das tatkräftige Eingreifen in die Palästinaarbeit, das von Amerika und England zu erwarten ist, ist für uns nur ein Ansporn zu hingebungsvoller Mitarbeit an dem Riesenwerk der Heilung aller der Wunden, die dem armen Lande jahrhundertelang durch Kriegsunheil und Vernachlässigung aller kulturellen Forderungen geschlagen worden sind.

Unsere Aufgabe, armen, verlassenen Kindern, die in den letzten Jahren das Furchtbarste erlitten haben, das Elternhaus zu ersetzen, in ihnen dem Judentum und der menschlichen Gesellschaft tüchtige Mitglieder zu retten, wird, so erwarten wir, bei jedem warmfühlenden Menschen regen Beifall und Förderung finden. Jede jüdische Gemeinde, sowie jeder einzelne Jude beteilige sich mit einer Stiftung oder Spende an diesem Liebeswerke, das eine gemeinsame Angelegenheit der gesamten Judenheit werden soll.

Einen genauen Kostenüberschlag werden wir voraussichtlich schon in allernächster Zeit, sobald wir die von unseren Vertrauensmännern in Palästina eingeforderten Aufstellungen erhalten haben, zu veröffentlichen in der Lage sein.

Vorläufig haben wir Stiftungen für unsere Gründung mit 10.000 K für eine Zimmer-, 200 K für eine Bettstiftung, berechnet. Einige Menschenfreunde haben mit Einzahlungen in dieser Höhe bereits den Anfang gemacht. Die Tabelle für Jahrzeitsstiftungen enthält unser auf Wunsch jedem zur Verfügung stehendes „Zijun lenefesch chajjoh“.

Alle Beiträge erbitten wir an das Bankhaus S. M. von Rothschild auf Konto „Hilfskommission 1915 für Palästina“ für „Waisenhaus“.

Wien, im November 1918.

Das Präsidium der
„Hilfskommission 1915 für Palästina“.

Vorstehenden Aufruf unterbreiten wir sämtlichen Herren Rabbinern, Gemeindevorstehern und anderen Persönlichkeiten, die bisher unser Unternehmen gefördert haben, auch allen übrigen Menschenfreunden, die nunmehr an unserer Arbeit mitzuwirken sich bereit erklären sollten, mit der Bitte, uns zur Unterfertigung mit ihrem Namen zu ermächtigen. Sobald die Verkehrsverhältnisse es gestatten werden, soll eine Generalversammlung unserer Hilfskommission stattfinden, für die wir einen ausführlichen Bericht über unsere Tätigkeit während der vier Kriegsjahre, sowie die Vorlegung eines Arbeitsplanes für die nächste Zukunft und Ergänzung unseres Arbeitsausschusses vorgesehen haben.

**„Die Hilfskommission 1915 für Palästina“.**
Geschäftsstelle: Wien II., Kl. Schiffg. 3. Tel. 44.871.